

# Verschleierung Täuschung Tatsachenverdrehung

**SPD/FDP setzen auf das schwache Gedächtnis ihrer Wähler. SPD und FDP operieren zur Erhaltung ihrer Macht mit Halbwahrheiten und Unwahrheiten. Im Landtagswahlkampf Nordrhein-Westfalen haben die Linksparteien bis zum letzten Tag darauf gesetzt, durch Täuschung, Verschleierung, Tatsachenverdrehung und Lüge die Wähler an der Nase herumführen zu können. Beispiel: Nach Apel am 15. April 1975 sind „alle Spekulationen über Steuererhöhungen völlig fehl am Platze und sinnlos“. Aber am 5. Juni 1975, derselbe Mann: „Wenn's uns besser geht, erhöhe ich die Steuern.“**

**M**it zentral gesteuerten Anzeigenkampagnen, die Millionen gekostet haben — auch Steuergelder —, hat die SPD/FDP-Koalition Täuschungsmanöver inszeniert: von der wissentlichen Falschbehauptung von wegen Aufschwung bis zu dem schon jetzt gebrochenen Versprechen, ein eigenes Staatssekretariat für Frauenfragen einzurichten, reicht der Katalog der Irreführungen; Machtbesessenheit und Manipulationspraktiken ergänzen sich nach dem SPD-Motto: „Damit alles schön beisammen bleibt!“ (SPD-Wahlanzeige vom 3. April 1975.)

Aufgabe der CDU-Mitglieder ist es, die SPD/FDP-Propaganda durchschaubar zu machen und das Gedächtnis der Wähler zu stärken. Die folgende Zusammenstellung enthält einige Beispiele für den miesen SPD/FDP-Stil, sich die Macht im Staate mit allen Mitteln zu erhalten.

## I. Allgemeines

**Stichwort: „Blockade im Bundesrat“**

**Behauptung:**

„Die Volksvertretung, also der Bundestag, wird in entscheidenden Richtungsfragen kalt überstimmt mit der Konsequenz, daß der Wille des Wählers nicht mehr zum Tragen kommt.“

„Darum brechen Sie die Dauerblockade der Opposition im Bundesrat!“

„Die Herren Strauß, Biedenkopf, Kohl, Kiesinger, Stoltenberg wollen aus dem Bundesrat ein parteigebundenes Kampfinstrument machen.“

„Notwendige Verbesserungen... dürfen nicht an dem stereotypen Nein der CDU/CSU scheitern.“

„Mit den Verfassungsinstitutionen darf kein Schindluder getrieben werden.“

(„FDP informiert: Stoppt die Neinsager — eine Bilanz der Verweigerung“, Faltblatt für den Landtagswahlkampf, herausgegeben von der FDP-Bundestagsfraktion; Bonn, ohne Datum.)

### **Richtig ist:**

Das Grundgesetz hat den Bundesrat als Bundesorgan und nicht als Länderorgan geschaffen. Es sagt in Art. 50 GG eindeutig: „Durch den Bundesrat wirken die Länder bei der Gesetzgebung des Bundes mit.“ Die Väter des Grundgesetzes wollten, daß die Länder bei der Gesetzgebung, also in Fragen der Bundespolitik, mitbestimmen. Der Bundesrat ist ein Korrektiv, um die Interessen der Länder bei der Bundesgesetzgebung zu wahren. Insofern hat das Bundesverfassungsgericht die eigenständige politische Rolle des Bundesrates bestätigt. Es hat ausdrücklich klargestellt, daß der Bundesrat insbesondere jedes zustimmungsbedürftige Gesetz seinem ganzen Inhalt nach prüfen kann und damit die Mitverantwortung für das ganze Gesetz übernimmt. Darüber hinaus ist im Bundesrat über Kernfragen der Nation immer nach parteipolitischen Grundhaltungen argumentiert und abgestimmt worden.

Wider besseres Wissen behaupten SPD und FDP, in der letzten Zeit habe die Zahl der abgelehnten Gesetze zugenommen. Nach 1969 ist die Zahl der im Bundesrat gescheiterten Gesetzesvorhaben der Bundesregierung jedoch geringer als in den ersten Wahlperioden nach 1949. Aufgrund der Verweigerung der Zustimmung durch den Bundesrat konnten nicht verkündet werden:

- in der 1. Wahlperiode 8 Gesetzentwürfe,
- in der 2. Wahlperiode 4 Gesetzentwürfe,
- in der 3. Wahlperiode 2 Gesetzentwürfe,
- in der 4. Wahlperiode 3 Gesetzentwürfe,
- in der 5. Wahlperiode 2 Gesetzentwürfe,
- in der 6. Wahlperiode 1 Gesetzentwurf.

In der jetzigen Wahlperiode scheiterte die Verkündung keines einzigen Gesetzes am Bundesrat. Demgegenüber wurden seit 1969 über 40 Gesetzentwürfe der Bundesregierung und der Koalition aufgrund der Vorschläge des Bundesrates im Vermittlungsverfahren inhaltlich verändert und verbessert.

## **II. Innere Sicherheit**

### **Behauptung:**

„Schwerverbrecher haben keine Chance mehr, denn ihre Taten werden zu 98 Prozent aufgeklärt.“

(SPD-Wahlanzeige vom 10. April 1975.)

„Sie (die Polizisten) haben die schwere Kriminalität im Griff.“  
(FDP-Wahlkampfanzeige vom 25. April 1975.)

**Richtig ist:**

Gewaltkriminalität weist im Jahre 1974 auf Bundesebene hohe Zuwachsraten auf, beispielsweise stieg die Zahl der Fälle von Autostraßenraub um 14,1 %, die der Raubüberfälle um 12,8 %. Insgesamt stieg die Zahl von Raub, räuberischer Erpressung und Straßenraub von 1969 bis 1974 um 64,9 %.

Die genannte Aufklärungsquote von 98 % ist eine bewußte Täuschung der Bürger. Z. B. lagen die Aufklärungsquoten 1974 bei Notzucht bei 72 %, bei gefährlicher und schwerer Körperverletzung bei 82 % und bei Raubüberfällen auf Geldinstitute und Poststellen bei 69,9 %. Auch bei Mord und Totschlag — mit den höchsten Aufklärungsquoten — liegen die Aufklärungsquoten unter den in der Anzeige angegebenen 98 %. Die Gesamtaufklärungsquote aller Vergehen und Verbrechen ist 1974 weiter um 1,3 % auf 45,6 % zurückgegangen.

**Behauptung:**

„Wir haben den Extremisten die Basis entzogen.“  
(SPD-Wahlkampfanzeige vom 2. Mai 1975.)

„Mit ‚Kopf-ab‘-Parolen und der Panikmache der CDU ist der Weg zum Polizeistaat nicht mehr weit.“  
(FDP-Wahlkampfanzeige vom 25. April 1975.)

**Richtig ist:**

SPD- und FDP-Politiker haben immer wieder den Terrorismus verharmlost. Beispiele:

„Der Linksextremismus stellt, trotz vereinzelter hochgefährlicher terroristischer Aktivitäten, innerhalb der sogenannten „Neuen Linken“ keine gegenwärtige Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung dar.“  
(Werner Maihofer, Bundesinnenminister, vor dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages am 20. Juni 1974.)

Noch nach der Ermordung des Berliner Richters von Drenkmann erklärte Bundeskanzler Schmidt auf einer Wahlversammlung seiner Partei in der Berliner Deutschlandhalle am 5. Februar 1975 . . . „sondern in Wirklichkeit soll hier wie immer auch auf dem Feld der inneren Sicherheit wieder einmal mit Angstmacherei der Bürger daran gehindert werden, sich in Ruhe ein Urteil vom Verstand her zu bilden. In Sachen öffentliche Sicherheit in Berlin ist das Ganze nun außerdem auch noch ziemlich lächerlich.“

Der CDU geht es darum, daß schon die Ursachen des Terrors energisch bekämpft werden und nicht erst die Folgen, wenn es zu spät ist. Dies hat die CDU auch immer wieder deutlich gemacht.

### III. Rechtspolitik

**Stichwort:** „§ 218“

**Behauptung:**

„Die Verhinderung einer lebensnahen Reform des § 218 hat die CDU/CSU zu verantworten.“

(Heinz Kühn: 21. wichtige Information für unsere Freunde, 1. Mai 1975.)

**Richtig ist:**

Es ist eine bewußte Irreführung, wenn Kühn der CDU vorwirft, im Bundesrat die Reform des § 218 blockiert zu haben. Das fragliche Gesetz ist bekanntlich trotz des Widerspruchs der Bundesratsmehrheit vom damaligen Bundespräsidenten verkündet worden. Danach wurde es auf Antrag von fast 200 Bundestagsabgeordneten und mehreren Landesregierungen durch das Bundesverfassungsgericht als in der Kernfrage (Fristenregelung) für null und nichtig erklärt. Begründung: Es sei verfassungswidrig, wenn die SPD/FDP-Koalition die vorsätzliche Tötung menschlichen Lebens habe ausdrücklich gestatten wollen, und dies auch in Fällen, in denen gar kein besonderer Nottatbestand vorliege. Damit wurde offenkundig, daß SPD und FDP trotz aller Warnungen ein unmenschliches und den elementaren Grundrechten widersprechendes Gesetz beschlossen hatten. Die CDU hat hier nicht blockiert, sondern den selbstverständlichen Schutz menschlichen Lebens durchgesetzt.

**Behauptung:**

„Es darf nicht sein, daß Kurpfuscher im dunkeln weiter an unzähligen Frauen Schaden anrichten dürfen.“

(FDP-Wahlanzeige in der Bonner Rundschau vom 24. April 1975.)

**Richtig ist:**

Riemer erweckt hier den Eindruck, als wenn Kurpfuscher bisher Schaden anrichten durften. Diese Unterstellung ist unglaublich! Nach bisher geltendem Recht wird mit bis zu 5 Jahren Freiheitsstrafe, bei schweren Fällen bis zu 10 Jahren, bestraft, wer eine Abtreibung an einer Frau vornimmt (vgl. § 218 Abs. 2 StGB alte Fassung). Dagegen soll nach den Reformvorstellungen von SPD und FDP die Strafandrohung auch für sog. Kurpfuscher gemildert werden (Höchststrafe nur noch 5 Jahre).

### IV. Wirtschaftspolitik

**Stichwort:** Konjunktur

Mit einer gigantischen Propagandawelle der SPD und FDP, die viele Steuermillionen gekostet hat, sollte der Aufschwung herbeigeredet werden,

- damit aus Kanzler Schmidt nicht der Abschwungkanzler wird,
- damit die Wähler in Nordrhein-Westfalen ein schön gefärbtes Konjunkturbild bekommen.

Hier eine Auswahl von Behauptungen der SPD und FDP:

„Beginnender Rückgang der Arbeitslosigkeit.“

(Heinz Kühn, 1. wichtige Information für unsere Freunde, 14. März 1975.)

„Auch Institute und Sachverständige bestätigen: Das Konkunkturprogramm der Bundesregierung von Dezember 1974 greift.“

(Heinz Kühn, 6. wichtige Information für unsere Freunde, 27. März 1975.)

„Die fünf unabhängigen Wirtschaftsforschungsinstitute bestätigen am Montag: Es geht aufwärts.“

(Heinz Kühn, 20. wichtige Information für unsere Freunde, 30. April 1975.)

„Zeichen des Aufschwunges sind überall zu sehen.“

(Anzeige der SPD vom 17. April 1975.)

„Daß der bundesweite wirtschaftliche Aufschwung bei weitem am stärksten hier in unserem Lande ist.“

(Anzeige der FDP — Riemer vom 3. Mai 1975.)

### **Richtig ist:**

Mit welchen Tricks von der SPD/FDP-Koalition gearbeitet wurde, zeigt das Taktieren mit der Lage auf dem Arbeitsmarkt für den Monat April. Am 2. Mai teilte die SPD/FDP-Koalition Teile, die für sie positiv waren, der Presse mit. Erst am 6. Mai gab die Bundesanstalt für Arbeit offiziell alle Zahlen für den Arbeitsmarkt bekannt.

Zwar nahm die Arbeitslosenzahl im Bundesgebiet um knapp 27 000 ab, aber insgesamt bewegt sie sich über der Schallmauer von 1 Million. Die geringste Abnahme zu dieser Jahreszeit seit über 20 Jahren. Die Kurzarbeit nahm dagegen zu, und zwar um 86 200 auf nun 899 600. Das wurde natürlich nicht erwähnt. Seit 4 Monaten also über 2 Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter (letzter Stand 31. Mai: 1 017 800; Abnahme 69 390; Kurzarbeiter 921 000; Zunahme 22 200).

In NRW, auch das wurde verschwiegen, nahm die Arbeitslosenzahl sogar um 1 500 zu. Die Arbeitslosenquote von NRW lag damit über dem Bundesdurchschnitt.

Ebenso wurde mit dem Frühindikator „Auftragseingang“, der eine Konjunkturlage anzeigt, verfahren. Erst am 5. Mai gab das Bundeswirtschaftsministerium die Zahlen für die Auftragseingänge bekannt. Von einer Belebung der Konjunktur keine Spur. Die Auftragseingänge sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland gingen zurück. Das Bild änderte sich auch nicht im Verlauf des Mai.

Für NRW waren die übrigen bekannten Konjunkturdaten ungünstiger als im Bundesgebiet. Die Nachfrage nach industriellen Erzeugnissen lag im Januar um rd. 8 % (Bundesgebiet: 2,4 %), im Februar um mehr als 12,5 % (Bundesgebiet: 4,9 %) unter dem Vorjahresniveau. Preisbereinigt beträgt der reale Nachfragerückgang für die ersten beiden Monate knapp 18 % (Bundesgebiet: 11,9 %).

Die industrielle Erzeugung war im Februar 10,5 % niedriger als vor einem Jahr (Bundesgebiet: 8,6 %). In den ersten beiden Monaten wurde das Vorjahresergebnis um 9,5 % (Bundesgebiet: 8,5 %) unterschritten.

Es ist klar: Mit den Wahlanzeigen der SPD/FDP wurden die Wähler in NRW in die Irre geführt, obwohl Zahlen des Bundeswirtschaftsministeriums und der Bundesanstalt für Arbeit vorlagen, die eine realistische Beurteilung und keine Schönfärberei der Wirtschaftslage boten. Selbst die angeführten Institute und Sachverständigen sagten lediglich, daß die Voraussetzungen für einen Aufschwung vorhanden sind. Zeichen des Aufschwungs waren zum 4. Mai nirgends zu sehen. Der Wunsch war der Vater der Schönfärberei.

## V. Sozialpolitik

### Stichwort: Soziale Sicherung

#### Behauptung:

„Wir müssen immer wieder neu auf die großen Erfolge hinweisen: Einführung der flexiblen Altersgrenze“.

(Heinz Kühn: 7. wichtige Information für unsere Freunde, 1. April 1975.)

#### Richtig ist:

Im Juli 1972 hat die CDU/CSU-Fraktion einen Antrag zur flexiblen Altersgrenze eingebracht, der nicht wie der Vorschlag der SPD/FDP aus dem Jahr 1971 lediglich eine Herabsetzung der Altersgrenze brachte, sondern zu einer **echten** flexiblen Altersgrenze führte. Die SPD/FDP wollte den zukünftigen Rentnern die Möglichkeit von Zuschlägen vorenthalten, sofern sie über das 63. Lebensjahr hinaus arbeiteten. Durch die Initiative der CDU ist es gelungen, all jenen, die die flexible Altersgrenze **nicht** beanspruchen, eine höhere Rente zu sichern. Die CDU konnte sich mit ihren Vorstellungen, die sie im Berliner Programm von Anfang 1971 vorgetragen hat, durchsetzen.

#### Behauptung:

„Walter Arendt (hat) sich in den letzten Jahren wie niemand vor ihm um den Ausbau der sozialen Sicherheit verdient gemacht.“

(Kölnische Rundschau 21. April 1975.)

#### Richtig ist:

daß die CDU in den Jahren von 1949—1969 ein System der sozialen Sicherung aufgebaut hat u. a. durch:

- die Reform der Rentenversicherung (1957)
- die Dynamisierung der Renten (1959)
- weitere Neuregelungsgesetze für Fremdreutner, Auslandsrentner, Vertriebene und Knappschaftsrentner
- die Altershilfe für Landwirte (1957, 1969)

- die Handwerkerversicherung (1960)
- die Kriegsopferversorgung (1950, 1960, 1964, 1966)
- das Lastenausgleichsgesetz (1952)
- das Gesetz zur Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfall (1957, 1961)
- Das Bundessozialhilfegesetz (1962)
- das Wohngeldgesetz (1960)
- die Reform der Unfallversicherung (1963)
- das Ausbildungsförderungsgesetz (1969)

Der Ausbau der sozialen Sicherheit durch Arendt dagegen

- ist nur die Fortschreibung der bedeutenden Gesetze, die von früheren CDU-Regierungen eingeführt wurden
- stützte sich auf Initiativen der CDU (Konkursausfallgeld, Unfallversicherungsschutz von Schülern, Studenten, Kindergartenkindern, Anhebung des Rentenniveaus durch Vorziehen der Rentenanpassung, Rente nach Mindesteinkommen u. v. a.)
- bedeutet meist lediglich eine Anpassung an die veränderte wirtschaftliche Lage (Inflation in bisher unbekannter Höhe, enorme Arbeitslosenquote). Sie sind keine realen Verbesserungen.

## **Stichwort: Gesundheitspolitik**

### **Behauptung:**

„Wir müssen immer wieder auf die großen Erfolge hinweisen: kostenlose Vorsorgeuntersuchungen“.

(Heinz Kühn: 7. Wichtige Information für unsere Freunde. 1. April 1975 und Wichtige Informationen für unsere Freunde, 2. Mai 1975.)

„Vor allem haben wir Sozialdemokraten dafür gesorgt, daß jede Frau ab 30 (und jeder Mann ab 45) sich einmal im Jahr auf Krebs untersuchen lassen kann. Kostenlos.“

SPD-Wahlanzeige „Damit alles schön beisammen bleibt“ vom 3. April 1975 (Quick).

### **Richtig ist:**

Kostenlose Vorsorgeuntersuchungen zur Früherkennung von Krankheiten gehen auf Initiative der CDU/CSU zurück. In dem Gesetzentwurf der SPD/FDP waren Vorsorgeuntersuchungen nicht vorgesehen.

## **Stichwort: Lohnfortzahlung**

### **Behauptung:**

„Hier eine Auswahl von großen historischen Leistungen der Sozialdemokraten für die breiten Schichten unseres Volkes: u. a. Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle.“ (SPD-NRW Kölner Stadt-Anzeiger vom 1. Mai 1975.)

**Richtig ist:**

Die Gesetze über die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle entstammen alle der CDU/CSU-Regierungszeit:

- Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Arbeitnehmer im Krankheitsfalle vom 26. Juni 1957 (1. Lohnfortzahlungsgesetz):

Inhalt: Beginn der Gleichstellung des Arbeiters mit dem Angestellten (90%ige Nettolohnfortzahlung durch die Krankenkassen in den ersten 6 Wochen).

Die Angestellten erhalten bereits seit den 30er Jahren die Lohnfortzahlung.

- Gesetz zur Verbesserung der Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfall vom 12. Juli 1961.

Inhalt: 100%ige Nettolohnfortzahlung. Zahlung des Krankengeldes bis zu 78. Woche in derselben Höhe.

- Gesetz über die Fortzahlung des Arbeitsentgelts im Krankheitsfall vom 12. Juni 1969.

Inhalt: Volle Gleichstellung der Arbeiter mit den Angestellten. Der Arbeiter erhält Anspruch auf Fortzahlung des vollen Arbeitsentgelts durch den Arbeitgeber bis zur Dauer von 6 Wochen.

## VI. Bildungspolitik

**Behauptung:**

„Um so mehr Zeit wendet er auf, für die Kinder — für alle Kinder unseres Landes — die besten Ausbildungs-Möglichkeiten zu schaffen.

Und dabei jegliche Experimente zu verhindern, die auf dem Rücken der Kinder durchgeführt werden. Oder gegen den Willen der Eltern. Ganz gleich, ob von links oder rechts“.

(„Für Minister Riemer“/FDP-Wählerinitiativen in den Großstädten Nordrhein-Westfalens, 28. April 1975.)

**Richtig ist:**

Das Experiment mit den Rahmenlehrplänen und Richtlinien in Deutsch, Geschichte- und Gemeinschaftskunde und für den Politik-Unterricht hat die FDP nicht verhindert, obwohl hier Normen aufgestellt wurden, die den Kindern zum Schaden gereichten.

Sollte die FDP darauf abzielen, daß sie am 5. Februar 1975 gegen die Einführung der von der Schulform unabhängigen Orientierungsstufe gegen die SPD gestimmt hat, so muß man sie daran erinnern, daß die beiden FDP-Minister bei der Entscheidung im Kabinett den ursprünglichen Regierungsentwurf zur Schulstruktur samt Einführung einer Orientierungsstufe gebilligt haben (Herbst 1974). Die CDU-Opposition dagegen hat das Schulstrukturgesetz von Anfang an scharf bekämpft.